

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
am Mittwoch, **23.09.2026**, 17:00 Uhr - 18:27 Uhr,
Hauptausschusszimmer, 1. Etage, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der Fraktion GRÜNE:

Michael Fiege, Leon Herbstmann, Anna Hünker, Anja Kallfelz, Claudia von Hammel,

von der CDU-Fraktion:

Meik Bruns, Petra Hensel-Stolz, Alf Rüdiger Kaßenbrock, Daniela Rampanelli, Nicholas Philipp Reuting (Vertreter für Carmen Greefrath),

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Yvonne Karst (Vertreterin für Sven Frenck),

von der Fraktion Die Linke:

Lara Bösche,

von der Ratsgruppe FDP:

Claudia Grönefeld,

Sachkundige Einwohner/innen:

Magda Al Sibai-Albalah, Martina Becker-Lenz, Thomas Förster (Vertreter für Dr. Gerhard Bonn), Michael Krapp, Markus Sawicki,

von der Kath. Kirche:

Pfarrer Karsten Weidisch,

von der Ev. Kirche:

Ralf Fischer,

von der Verwaltung:

Ursula Gähr, Lars Koppelberg, Thomas Paal, Lioba Pulinski, Dr. Inga Zeisberg,

Es fehlte/n:

Dr. Gerhard Bonn, Sven Frenck, Carmen Greefrath, Andreas Hoesch, Benjamin Scherman, Sören Werlemann.

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | | |
|--------------------------|-----|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 3. | Eingänge und Eingaben |
| | 4. | Mitteilungen und Berichte der Verwaltung |
| <u>V/0367/2026</u>
IV | 5. | 5. Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan 2026-2030 |
| <u>V/0320/2026</u>
V | 6. | Umsetzung des Modells MISSIMO zur Bekämpfung des organisierten Kindergeldmissbrauchs in der Stadt Münster |
| <u>V/0459/2026</u>
IV | 7. | Anmeldeverfahren weiterführende Schulen hier: Antrag an den Rat Nr. A-R/0032/2026 der FDP-Ratsgruppe |
| <u>V/0350/2026</u>
IV | 8. | Erweiterung der Nikolaischule Wolbeck - Errichtungsbeschluss für den Neubau einer Zweifachsporthalle |
| | 9. | V/0030/2026 Bericht zur Instandhaltung städtischer Immobilien in den Haushaltsjahren 2026-27 |
| <u>V/0431/2026</u>
IV | 10. | Sachstandsbericht Badefahrten 2026 |
| | 11. | Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung |
| | 12. | Verschiedenes |

Der Vorsitzende Meik Bruns eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung sowie alle anderen Anwesenden.

Punkt 1 der Tagesordnung**Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Als neues Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung wurde Ralf Fischer von der evangelischen Kirche von Meik Bruns verpflichtet.

Punkt 2 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist**

Verwaltungspräsenz wurde nicht beantragt.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Eingaben**

Eingänge und Eingaben lagen nicht vor.

Punkt 4 der Tagesordnung**Mitteilungen und Berichte der Verwaltung****4.1 Aktuelle Informationen zur Stellenbesetzungssituation der SystEx-Stelle (Systemberatung Extremismusprävention und Demokratiestärkung) der Bezirksregierung in Schulpsychologischen Beratungsstelle**

Lioba Pulinski informierte den Ausschuss über die aktuelle Situation der SystEx-Stelle.

**•
4.2 AWM-Projekt „Wertstoff.klasse“**

Ana Stevanovic und Maren Wolff von den Abfallwirtschaftsbetrieben Münster (AWM) stellten mit einer PowerPoint-Präsentation das Projekt „Wertstoff.klasse“ vor und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder.

Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

4.3. Mitteilung Haushaltssperre

Thomas Paal informierte die Ausschussmitglieder zur Haushaltssperre.

1. Die Haushaltssperre ist nach dem Einvernehmen im Verwaltungsvorstand seit dem 08.09.2026 formal gemäß § 25 Abs. 2 KomHVO verfügt und in Kraft getreten.
2. Der Erlass der Haushaltssperre dient dabei der Stabilisierung der städtischen Finanzen bereits im laufenden Haushaltsjahr, um möglichst ohne eine weitere Hypothek in das Haushaltsjahr 2027 starten zu können.
3. Von der haushaltswirtschaftlichen Sperre ausgenommen sind:
 1. insbesondere gesetzlich oder vertraglich zwingende Verpflichtungen,
 2. unabwendbare Maßnahmen der Gefahrenabwehr und Verkehrssicherung,
 3. Schadensabwehr,
 4. refinanzierte Sachverhalte,
 5. zweckgebundene Mittel,
 6. bereits beschlossene Zuwendungen an freie Träger,

7. sowie bestimmte bereits begonnene bzw. beschlossene Investitionsmaßnahmen.
4. Aufschiebbare Leistungen hingegen dürfen nicht neu beauftragt bzw. entsprechende Verträge oder Vereinbarungen nicht neu abgeschlossen, eingegangen oder verlängert werden.
5. Bei unaufschiebbaren Maßnahmen ist der Leistungsumfang auf das zwingend erforderliche Maß zu beschränken.
6. Entscheidungen zu Rats-Vorlagen trifft der Verwaltungsvorstand; die Kommunikation in die jeweiligen Ausschüsse erfolgt durch die Fachbeigeordnete und Fachbeigeordneten.

allgemeine Effekte der Haushaltssperre werden in den Sitzungen des AWFLD berichtet.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0367/2026**

**5. Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan
2026-2030**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschloss diesen Antrag einstimmig.

„I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien stimmt der Jugendhilfeplanung der Kinder- und Jugendförderung zu, wie sie im 5. Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan 2026-2030 (Anlage 1) dargestellt ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die formulierten Ziele und Maßnahmen für die Handlungsfelder: „Offene Kinder- und Jugendarbeit inklusive Jugendrat und Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulnahe Jugendhilfe inklusive Jugendhilfe an Schule und außerunterrichtliche Angebote der offenen Ganztagschulen und den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz“ umzusetzen.
3. Die Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2026-2030 wird in enger Abstimmung mit den in den Handlungsfeldern tätigen freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, den Ämtern der Stadt Münster, der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII, den UAG's der AG nach § 78 SGB VIII) Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit (UAG 3) und Schulnahe Jugendhilfe (UAG 5), der AG JIPA (Jugendliche inklusiv politisch aktiv) und unter Beteiligung des Jugendrates und der Jugendverbände vorgenommen.
4. Der Rückblick auf den 4. Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan 2021-2025 (Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Antrag Nr. A-R/0023/2025 der CDU-Ratsfraktion, der Ratsfraktion Bündnis 90/die Grünen, der SPD, der Ratsfraktion FDP und Volt (Anlage 3) ist weitgehend aufgegriffen und erledigt.

I. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen

Produktgruppe	0602	Kinder- und Jugendarbeit			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2026 ff.	15.244.000	Zuw. Landesförderplan, OGS u.a.
	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2026 ff.	6.999.000	OGS-Elternbeiträge
	05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2026 ff.	217.000	Entgelte, Raummieten, Spenden, Sponsoring
		Summe Erträge PG 0602	2026 ff.	22.460.000	
	11	Personalaufwendungen	2026 ff.	4.002.630	Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe
	15	Transferaufwendungen	2026 ff.	29.483.410	Einrichtungen der freien Jugendhilfe, Jugendverbandsarbeit (Richtlinienförderung), OGS in freier Trägerschaft
	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2026 ff.	1.369.960	Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe (Sachmittel)
		Summe Aufwendungen PG 0602	2026 ff.	34.856.000	
		Saldo PG 0602	2026 ff.	12.396.000	

Produktgruppe	0603	Förderung von benachteiligten jungen Menschen			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2026 ff.	2.101.000	Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe
	15	Transferaufwendungen	2026 ff.	6.263.000	Einrichtungen der freien Jugendhilfe
		Summe PG 0603	2026 ff.	8.364.000	
Produktgruppe	0605	Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2026 ff.	213.000	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz (incl. Suchtprävention)
		Summe PG 0605	2026 ff.	213.000	
		Insgesamt	2026 ff.	20.973.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2026 / 2027 bei den o. g. Produktgruppen veranschlagt.“

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0320/2026**

**Umsetzung des Modells MISSIMO zur Bekämpfung
des organisierten Kindergeldmissbrauchs in der
Stadt Münster**

Anna Hünker (Fraktion Grüne) beantragte über die Vorlage abzustimmen wie in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration (ASGAM) am 16.09.2026 beschlossen.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorgehen mehrheitlich zu.

Michael Krapp (Die Partei/ÖDP) beantragte die Korrektur des Wortes Ziganismus in Antiziganismus.

„I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster nimmt **unter strenger Berücksichtigung des Datenschutzes** in Zusammenarbeit mit der zuständigen Familienkasse und der Polizei Münster am Modell MISSIMO des Landes NRW zur Verhinderung ungerechtfertigter Kindergeldzahlungen teil.
2. Nach einmaliger Durchführung eines Durchlaufes von MISSIMO berichtet die Verwaltung der Politik über die erzielten Erkenntnisse und gibt eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen inklusive Einschätzung zu den benötigten kommunalen Ressourcen ab.
3. Der Antrag A-R/0027/2025 der CDU-Ratsfraktion ist mit dieser Vorlage aufgegriffen.
4. **Der Rat betont, dass die Nennung einer möglichen Herkunftsregion im Begründungstext der Vorlage keinesfalls vorverurteilend verstanden werden darf. Die Verwaltung soll alle Verdachtsfälle unabhängig von Nationalität und Herkunft vorurteilsfrei prüfen. Zusätzlich berichtet die Verwaltung in ihrer Evaluation insbesondere über mögliche diskriminierende Auswirkungen des Programms auf Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Münster versteht sich als weltoffene Stadt, die sich aktiv gegen Rassismus, Antiziganismus und jede weitere Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellt und stellen wird.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Durchführung eines ersten Durchlaufes von MISSIMO soll insbesondere der Ermittlung des Ausmaßes relevanter Fälle in Münster und, in Abhängigkeit davon, der Erhebung gegebenenfalls notwendiger kommunaler Ressourcen für eine mögliche weitere Umsetzung dienen. Ein solcher einmaliger Durchlauf kann aus vorhandenen Ressourcen erfolgen.

Für eine eventuelle Verstetigung der Teilnahme der Stadt Münster am Modell wäre eine verantwortliche und koordinierende Stelle erforderlich. Hierzu müssten unter Umständen Stellenanteile bereitgestellt werden.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschloss mehrheitlich, dem Rat die Annahme der geänderten Beschlussvorlage zu empfehlen (Ja-Stimmen: Grüne, SPD, CDU, FDP, Nein-Stimme: Die Linke).“

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0459/2026**

**Anmeldeverfahren weiterführende Schulen
hier: Antrag an den Rat Nr. A-R/0032/2026 der FDP-
Ratsgruppe**

Nach ausführlicher Diskussion beschloss der Ausschuss für Schule und Weiterbildung mehrheitlich, dem Rat die Annahme der Beschlussvorlage zu empfehlen (Ja-Stimmen: Grüne, SPD, Die Linke, Nein-Stimmen: CDU und FDP).

„I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt zur Kenntnis, dass der Rat in seiner Sitzung am 02.07.2025 die Verwaltung beauftragt hat, für die Schuljahre 2026/27 bis 2028/29 vorgezogene Anmeldeverfahren für die Gesamtschulen bei der Bezirksregierung zu beantragen.
2. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt ferner zur Kenntnis, dass der Einsatz des Tools „schulbewerbung.de“ angesichts zwingend notwendiger Vorlaufzeiten für Kommunikation und Fortbildung frühestens zum Schuljahr 2028/29 erfolgen kann.
3. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Darstellung der bestehenden und geplanten Aufnahmekapazitäten der weiterführenden Schulen zur Kenntnis.
4. Der Antrag der FDP-Ratsgruppe „Einheitliches Anmeldeverfahren für mehr Chancengerechtigkeit!“ (A-R/0032/2026 vom 22.06.2026) ist damit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine“

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0350/2026**

Erweiterung der Nikolaischule Wolbeck - Errichtungsbeschluss für den Neubau einer Zweifachsporthalle

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschloss die Vorlage einstimmig.

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den Auszug aus der Machbarkeitsstudie der Bauwerke Münster GmbH zur möglichen Erweiterung der Nikolaischule Wolbeck im laufenden Betrieb gemäß dem Auftrag in der Vorlage V/0191/2025/1 zur Kenntnis (s. Anlage 1) und fasst auf Grundlage der Einstufung der Maßnahme in Priorität B der strategischen Schulbauplanung (V/0650/2025) den Errichtungsbeschluss für den Neubau einer Zweifachsporthalle auf der Fläche des derzeitigen Tartanplatzes.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Errichtung der Zweifachsporthalle Voraussetzung für den Abriss der vorhandenen Einfachhalle und die anschließende Erweiterung des Schulgebäudes ist. Der Errichtungsbeschluss für diese weiteren Bauabschnitte wird zu einem späteren Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorgelegt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zur baulichen Umsetzung des ersten Bauabschnitts mit der Bauwerke Münster GmbH auf der Grundlage des beschriebenen Raumprogramms (s. Anlage 2) fortzuführen und anschließend einen Baubeschluss zu erwirken. Im Rahmen der weiteren Planungen sind Reduktionsvarianten zu prüfen.

4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zunächst ausschließlich Planungskosten für die Zweifachsporthalle in Höhe von 1.000.000 € entsprechend der Vorlage V/0191/2025/1 anfallen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Investitionsmaßnahme	4620	Erw. Nikolaischule Wolbeck			
Auszahlungen		für Baumaßnahmen	Bisher bereitge- stellt	226.100	
			2026	773.900	
Summe aller Auszahlungen				1.000.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen stehen im Haushaltsplan 2026/2027 bei der o.g. Investitionsmaßnahme zur Verfügung.“

Punkt 9 der Tagesordnung **V/0030/2026 Bericht zur Instandhaltung städtischer Immobilien in den Haushaltsjahren 2026-27**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung **Sachstandsbericht Badefahrten 2026** **V/0431/2026**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung **Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung**

Anfragen und Anträge von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung lagen nicht vor.

Punkt 12 der Tagesordnung **Verschiedenes**

Es gab keine Wortmeldungen.

Gez.
Meik Bruns
Vorsitz

Sabine Thöne
Schriftführung

